

Wolfgang Miller

Der auf (Re-)Sozialisierung ausgerichtete Strafvollzug im Lichte der Verfassung



Nomos

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	16
Kapitel 1: Einführung	19
A. Strafvollzug in der Bundesrepublik Deutschland	19
B. Festlegung des Untersuchungsfeldes und Gang der Arbeit	20
C. Begriffliche Klärungen	24
I. (Re-)Sozialisierung	24
II. Behandlung	26
III. Besserung	29
IV. Weitere Begriffe	29
D. Historischer Überblick zur Entwicklung des (Re-)Sozialisierungs- gedankens	30
I. Erste Ansätze	30
II. Entstehung der modernen Freiheitsstrafe	30
III. Rückschläge und Neuentdeckung im 18. Jahrhundert	31
IV. Erneuter Rückschritt im 19. Jahrhundert und Reformbemühungen	32
V. Inkrafttreten des RStGB 1871 und Gesetzentwurf zum Strafvollzug	33
VI. Stufenstrafvollzug in der Weimarer Republik	34
VII. Vergeltung und Abschreckung im „Dritten Reich“	35
VIII. Neuanfang nach dem Zweiten Weltkrieg	35
IX. Dienstvollzugsordnung (DVollzO) und „besonderes Gewalt- verhältnis“	35
X. Das Strafvollzugsgesetz	37
XI. Strafvollzug in der DDR	37
XII. Landes-Strafvollzugsgesetze nach der Föderalismusreform	37
Kapitel 2: (Re-)Sozialisierung und Verfassung	39
A. (Re-)Sozialisierung in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	39
I. Lebach	40
II. Aushändigung von Gegenständen	43
III. Lebenslange Freiheitsstrafe	44

IV.	Führungsaufsicht	48
V.	Berücksichtigung der Schuld bei Entscheidungen über Vollzugslockerungen	48
VI.	Arbeitsurlaub	51
VII.	Anfechtung eines Vollzugsplans	51
VIII.	Bewährungsweisung zur Abgabe von Urinproben	52
IX.	Widerruf der Genehmigung zum Besitz von Gegenständen für die Freizeitbeschäftigung	52
X.	Verwendung einer Trennscheibe bei Besuchen des Ehegatten	53
XI.	Anhalten von Briefen	54
XII.	Vorenthalten einer rechtsradikalen Zeitschrift	54
XIII.	Verweigerung einer anstaltsexternen psychiatrischen Behandlung im Strafvollzug	56
XIV.	Überstellung ins Heimatland zur weiteren Vollstreckung der Freiheitsstrafe	56
XV.	Versagung einer Vollzugslockerung (Ausführung)	58
XVI.	Versagung einer Vollzugslockerung (Ausgang)	60
XVII.	Stufenmäßige Vorbereitung der Entlassung	61
XVIII.	Versagung eines Besuchsausgangs	62
XIX.	Höhe des Arbeitsentgelts	63
XX.	Genetischer Fingerabdruck	65
XXI.	Weisung zur Verlegung des Wohnsitzes	65
XXII.	Mitwirkung des Gefangenen	66
XXIII.	Vollzugsplan	66
XXIV.	Lebenslange Sicherungsverwahrung und Bedeutung von Therapiemaßnahmen	68
XXV.	Überlange Verfahrensdauer	69
XXVI.	Verlegung eines Strafgefangenen	69
XXVII.	Jugendstrafvollzug	70
XXVIII.	Auferlegung von Gutachterkosten und Haftkosten	71
XXIX.	Strafrestaussetzung bei lebenslanger Freiheitsstrafe	73
XXX.	Einweisung in den offenen Vollzug und Erhalt des Arbeitsplatzes	73
XXXI.	Beschäftigung bei einem in der Justizvollzugsanstalt tätigen privaten Unternehmen	74
XXXII.	Ausstattung der Vollzugsanstalten	75
XXXIII.	Zusammenfassung	76
B.	Verhältnis von Freiheitsstrafe bzw. Strafvollzug und Sicherungsverwahrung	79
C.	Systematisierung und Grundrechtsdogmatik	84
I.	Herleitung der (Re-)Sozialisierung aus dem Grundgesetz	84
1.	Herleitung der (Re-)Sozialisierung aus Art. 20 Abs. 1 GG (Sozialstaatsprinzip)	84

a)	Funktion und Inhalt des Sozialstaatsprinzips	84
b)	Verknüpfung der (Re-)Sozialisierung mit dem Sozialstaatsprinzip durch die Literatur	87
c)	Verknüpfung der (Re-)Sozialisierung mit dem Sozialstaatsprinzip durch das Bundesverfassungsgericht	88
d)	Begrenzter Rückgriff auf das Sozialstaatsprinzip	88
2.	Herleitung der (Re-)Sozialisierung aus dem Rechtsstaatsprinzip	91
a)	Funktion und Inhalt des Rechtsstaatsprinzips	91
b)	Verknüpfung der (Re-)Sozialisierung mit dem Rechtsstaatsprinzip durch die Literatur	92
c)	Verknüpfung der (Re-)Sozialisierung mit dem Rechtsstaatsprinzip durch das Bundesverfassungsgericht	92
d)	Relevanz des Rechtsstaatsprinzips im Strafvollzug neben der (Re-)Sozialisierung	93
3.	Herleitung der (Re-)Sozialisierung aus Art. 2 Abs. 1 i.V.m. Art. 1 Abs. 1 GG	95
4.	Herleitung der (Re-)Sozialisierung aus der Legitimation der Freiheitsstrafe	99
5.	Herleitung der (Re-)Sozialisierung aus der Schutzpflicht des Staates	101
6.	Verankerung der (Re-)Sozialisierung in Art. 2 Abs. 1 i.V.m. Art. 1 Abs. 1 GG und dem Sozialstaatsprinzip	104
II.	Herleitung der (Re-)Sozialisierung aus der Europäischen Menschenrechtskonvention	105
III.	Abwehrrechtliche Dimension der (Re-)Sozialisierung	107
1.	Konzeption der Grundrechte	107
2.	Abgeschwächte Wirkung im Strafvollzug	108
3.	Das Grundrecht auf (Re-)Sozialisierung in seiner abwehrrechtlichen Dimension	108
a)	Verlegung von Gefangenen	109
b)	Gefährdung eines bestehenden Arbeitsverhältnisses	109
c)	Widerruf der Genehmigung zum Besitz von Gegenständen	109
d)	Auferlegung von Kosten	110
IV.	(Re-)Sozialisierung als soziales Grundrecht?	111
V.	Leistungsrechtliche Dimension der (Re-)Sozialisierung	116
1.	Inhalt und Reichweite im Allgemeinen	116
2.	Inhalt und Grenzen bei der (Re-)Sozialisierung	121
a)	Anspruch auf Erhaltung der Lebenstüchtigkeit und Anspruch auf hinreichende Ausstattung des Strafvollzugs	122
b)	Anspruch auf Kontakt zu Angehörigen in angemessenem Umfang	124
c)	Anspruch auf anstaltsexterne psychiatrische Krankenhausbehandlung	124

	d) Anspruch auf pflichtgemäße Ermessensausübung	125
	e) Anspruch auf angemessene Anerkennung geleisteter Arbeit	125
	f) Anspruch auf Leitungsgewalt bei zugewiesener Pflichtarbeit	126
	g) Anspruch auf Behandlungs- und Therapieangebote	126
	h) Konkretisierter Anspruch auf Ausstattung des Strafvollzugs	126
VI.	Aus der (Re-)Sozialisierung folgende Schutzpflichten	127
VII.	Verfahrensrechtlicher Inhalt der (Re-)Sozialisierung	129
	1. Grundrechtsschutz durch Verfahren	129
	a) Grundrechtsschutz durch Verfahren und Bezug zur abwehrrechtlichen sowie leistungsrechtlichen Dimension	130
	b) Reichweite der verfahrensrechtlichen Dimension	131
	2. Verfahrensrechtliche Dimension der (Re-)Sozialisierung	133
	a) Vollzugsplanung	133
	b) Mitwirkung des Gefangenen	138
VIII.	(Re-)Sozialisierung und Grundpflichten	141
	1. Existenz von Grundpflichten	142
	a) Der Begriff „Grundpflichten“	144
	b) Legitimationsbasis der Grundpflichten	146
	2. Mitwirkungspflicht des zu (Re-)Sozialisierenden	150
	3. Pflicht jedes Einzelnen zur (Wieder-)Aufnahme des Gefangenen in die Gemeinschaft	155
IX.	(Re-)Sozialisierung als Rechtfertigung für Eingriffe in Grundrechte von Strafgefangenen	157
D.	Die Grenzen der (Re-)Sozialisierung	161
	I. Verfassungsrechtliche Grenzen	161
	1. Die Menschenwürde	161
	a) Zwangs(re-)sozialisierung	162
	b) Inhaltliche Reichweite der (Re-)Sozialisierung	167
	2. Grundrechte des Strafgefangenen	171
	II. Faktische Grenzen	171
	1. Totale Institution und subkulturelle Einflüsse	172
	a) Totale Institution	172
	b) Subkulturelle Einflüsse	174
	c) Ausweg	176
	aa) Der Angleichungsgrundsatz	177
	bb) Der Gegensteuerungsgrundsatz	178
	cc) Der Integrationsgrundsatz	181
	dd) Umsetzung in der Strafvollzugspraxis	181
	2. Finanzielle Grenzen	182
	3. Zu geringe Verweildauer im Strafvollzug	185

4. (Re-)Sozialisierungsunfähige und nicht (re-)sozialisierungsbedürftige Gefangene	186
--	-----

Kapitel 3: (Re-)Sozialisierung und empirische Sozialforschung	190
--	------------

A. Entwicklung der empirischen Sozialforschung im Ausland und in Deutschland	190
B. Erfolgskriterium	196
C. Bewertung und Aussagekraft sozialempirischer Untersuchungen	199
D. Umgang mit „Unwissen und Ungewissheit“	201

Kapitel 4: Entwicklung eines verfassungsrechtlichen (Re-)Sozialisierungskonzepts	211
---	------------

A. Weiter Beurteilungsspielraum des Gesetzgebers	211
B. (Re-)Sozialisierung als Vollzugsziel	213
C. Entwurf eines (Re-)Sozialisierungskonzepts	214
I. Aufbau des (Re-)Sozialisierungskonzepts	214
II. Inhalt des (Re-)Sozialisierungskonzepts	215
1. Aufnahme und Behandlungsuntersuchung	215
a) Aufnahme	215
b) Behandlungsuntersuchung	218
2. Erstellung und Fortschreibung des Vollzugsplans	223
3. Ausgestaltung des Vollzugs und Rahmenbedingungen	225
a) Finanzielle Ausstattung	225
b) Qualifiziertes Personal	225
c) (Re-)Sozialisierungsfreundliches Klima	232
d) Anpassung an veränderte Bedingungen im Strafvollzug	233
aa) Hoher Ausländeranteil	233
bb) Gestiegener Drogenkonsum und -handel	237
e) Die (Re-)Sozialisierung nicht behinderndes Sicherheitskonzept	238
4. Vollzugsform, Unterbringung, Einrichtung der Zellen und Recht zum Besitz eigener Gegenstände	246
a) Offener und geschlossener Vollzug	246
aa) Voraussetzungen der Unterbringung im offenen Vollzug	247
bb) Unterschiede zwischen offenem und geschlossenem Vollzug	249
cc) Verfassungsrechtliche Bedeutung des offenen Vollzugs	251

dd)	Bewertung der einfachrechtlichen Ausgestaltung	253
b)	Unterbringung	255
aa)	Einfachrechtliche Ausgestaltung	255
bb)	Verfassungsrechtliche Vorgaben	257
(1)	Die Menschenwürde (Art. 1 Abs. 1 GG)	257
(2)	Der grundrechtliche Anspruch auf (Re-)Sozialisierung (Art. 2 Abs. 1 i.V.m. Art. 1 Abs. 1 GG)	259
(3)	Bewertung der einfachrechtlichen Ausgestaltung	261
cc)	Der Wohngruppenvollzug	264
c)	Einrichtung der Zellen und Recht zum Besitz eigener Gegenstände	265
aa)	Einfachrechtliche Ausgestaltung	265
bb)	Bedeutung für die (Re-)Sozialisierung und verfassungsrechtliche Vorgaben	266
cc)	Das Tragen von Anstaltskleidung	267
5.	Bildung und Ausbildung	270
a)	Einfachrechtliche Ausgestaltung	270
b)	Bedeutung für die (Re-)Sozialisierung und verfassungsrechtliche Vorgaben	273
6.	Arbeit und Entlohnung	276
a)	Einfachrechtliche Ausgestaltung	276
b)	Bedeutung für die (Re-)Sozialisierung und verfassungsrechtliche Vorgaben	279
7.	Einsatz von Therapie	285
a)	Einfachrechtliche Ausgestaltung	286
b)	Bedeutung für die (Re-)Sozialisierung und verfassungsrechtliche Vorgaben	287
8.	Hilfestellung durch Seelsorge	289
a)	Einfachrechtliche Ausgestaltung	289
b)	Bedeutung für die (Re-)Sozialisierung und verfassungsrechtliche Vorgaben	290
9.	Öffnungen des Vollzugs	291
a)	Ermöglichung und Förderung von Außenkontakten	292
aa)	Einfachrechtliche Ausgestaltung	292
bb)	Bedeutung für die (Re-)Sozialisierung und verfassungsrechtliche Vorgaben	294
b)	Vollzugslockerungen	299
aa)	Einfachrechtliche Ausgestaltung	299
bb)	Bedeutung für die (Re-)Sozialisierung und verfassungsrechtliche Vorgaben	301
10.	Freizeitgestaltung	308
a)	Einfachrechtliche Ausgestaltung	308

b) Bedeutung für die (Re-)Sozialisierung und verfassungsrechtliche Vorgaben	309
11. Schuldenberatung und Hilfe beim Schuldenabbau	313
a) Einfachrechtliche Ausgestaltung	313
b) Bedeutung für die (Re-)Sozialisierung und verfassungsrechtliche Vorgaben	313
12. Entlassungsvorbereitung, Entlassung und Entlassungsnachsorge	316
a) Einfachrechtliche Ausgestaltung	317
b) Bedeutung für die (Re-)Sozialisierung und verfassungsrechtliche Vorgaben	319
13. Effektiver Rechtsschutz	321
14. Öffentlichkeitswahrnehmung und Beteiligung der Gesellschaft an der (Re-)Sozialisierung unter Berücksichtigung der Medienberichterstattung	324
15. Einführung eines (Re-)Sozialisierungshelfers	328
a) Ausgangslage und Hintergrund	329
b) Wesentliche Voraussetzungen	331
c) Aufgaben und Mitwirkung	332
d) Chancen zur Umsetzung in der Praxis	333

Kapitel 5: Schlussbetrachtung **335**

 A. Ergebniszusammenfassung 335

 B. Ausblick 337

Literaturverzeichnis **341**

Stichwortverzeichnis **355**